



**Dr. Birgit Malecha-Nissen**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Pressemitteilung

**Mehr Mittel ab 2015: Bundestagsabgeordnete Dr. Birgit Malecha-Nissen begrüßt LNG-Ausbau**

**„Eine echte Chance für den Klimaschutz – vor allem für die Schifffahrt“**

Berlin, 14.11.2014

**Berliner Büro:**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: (030) 227-75165

Fax: (030) 227-70165

birgit.malecha-nissen@bundestag.de

Mit insgesamt 9,5 Millionen Euro wird der Bund in dieser Legislaturperiode die Entwicklung alternativer Kraftstoffe fördern. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei im Aufbau einer Tank- und Ladeinfrastruktur des Flüssigerdgases, das für den Schiffsverkehr von hoher Bedeutung ist.

„Dies ist eine wichtige Investition sowohl in den Klimaschutz als auch in die maritime Wirtschaft in unserer Region“, freut sich die schleswig-holsteinische Bundestagsabgeordnete Dr. Birgit Malecha-Nissen. „Im internationalen Warenaustausch erfolgt 90% über den Seeweg. Deshalb ist Flüssigerdgas eine echte Chance für den Klimaschutz – vor allem für die Schifffahrt.“ Denn der als LNG (Englisch: Liquefied Natural Gas) bekannte Brennstoff führt zu einer deutlichen Reduktion von Emissionen und Feinstaub im Schiffsverkehr. Durch den Einsatz von Flüssigerdgas als Treibstoff könnte diese Umweltbelastung zukünftig vor allem in unseren Häfen deutlich gesenkt werden.

„Für den Erhalt unserer regionalen maritimen Wirtschaft ist der LNG-Ausbau eine besonders wichtige Investition in die Zukunft. Zwar steigt die Nachfrage nach LNG stetig und die Motoren- und Tanktechnik ist bereits verfügbar. Doch gibt es bei uns bislang noch keinen Terminal zum Import von Flüssigerdgas. Es ist deshalb höchste Zeit, auch unsere Standorte auszubauen und international wettbewerbsfähig zu halten. Vor allem die geplante Bunkerstation in Brunsbüttel wäre aufgrund der günstigen Lage am Nord-Ostsee-Kanal ein hervorragender Standort“, so Malecha-Nissen.



Mit den ab 2015 zur Verfügung stehenden Bundesmitteln werden Forschungsprojekte finanziert, mit denen die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe endlich auch in Deutschland aufgebaut werden kann.